



Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
(E-Control)
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
wien.arbeiterkammer.at
DVR 0063673
ERREICHBAR MIT DER LINIE D

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel 501 65	Fax 501 65	Datum
-	WP-GSt/Th/Ni	Josef Thoman	DW 12263	DW 412263	16.11.2018

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – SNE-VO 2019)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des im Betreff genannten Verordnungsentwurfs sowie für die Einladung zur Stellungnahme und nimmt dazu wie folgt Stellung:

- Eine endgültige Beurteilung der SNE-VO 2012, Novelle 2019 ist erst nach weiterführenden Erläuterungen durch die E-Control möglich. Die BAK behält sich daher eine allfällige ergänzende Stellungnahme für den Regulierungsbeirat (§19 E-ControlG) vor.
- Die BAK lehnt die für die Erzeuger vorgenommene Ausnahme von der Kostentragung für die Systemdienstleistungsentgelte ohne gesetzlicher Regelung strikt ab und fordert die Regulierungsbehörde mit Nachdruck dazu auf, die Möglichkeit der befristeten Freistellung der entsprechenden EU-rechtlichen Vorgaben zu nutzen.
- Die BAK fordert die Regulierungskommission bzw. die E-Control auf, die für die Beurteilung notwendigen Informationen und Erläuterungen in folgenden Bereichen nachzureichen:
 - Ursache für die Kostenentwicklungen in den einzelnen Netzgebieten, insbesondere bei starken Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.
 - Ursache für Entwicklung der offenbar für die Dynamik maßgeblichen Engpassmanagementkosten.
- Bei der geplanten Änderung in §3 der Kostenwälzung vermutet die BAK einen redaktionellen Fehler.

Zum Regelungsinhalt der SNE-VO 2012, Novelle 2018 im Allgemeinen

Der gegenständliche Verordnungsentwurf der Regulierungskommission der E-Control (REK) ist Grundlage für die im Kalenderjahr 2019 anzuwendenden Entgelte für die Systemnutzung der österreichischen Stromnetze (§49 EIWOG 2010). Basis für diese Entgeltbestimmung sind die Kosten- und Mengenermittlungen der Energie-Control Austria (ECA), die durch den Vorstand der ECA mittels Bescheid festgestellt wurden (§48 Abs. 1 EIWOG 2010).

Vorab möchte die BAK festhalten, dass die wichtigsten Ziele der Regulierung der Stromnetze in der langfristigen Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie in der Leistbarkeit von Energie liegen. Die Netzregulierung muss somit einen kosteneffizienten Netzbetrieb mit ausreichenden Investitionsanreizen für die Netzbetreiber in Einklang bringen. Darüber hinaus soll die Regulierung darauf Bedacht nehmen, dass die Erreichung von gesamtwirtschaftlichen Zielen bestmöglich unterstützt wird. Bei der Überwälzung von geprüften Kosten auf nachgelagerte Netzebenen muss aus Sicht der BAK eine faire Lastenverteilung verwirklicht werden.

Zum Regelungsinhalt der SNE-VO 2012, Novelle 2019 im Einzelnen

§3 – Kostenwälzung

Die unter §3 Kostenwälzung geplanten Anpassungen sollen laut Erläuterungen keine inhaltlichen Änderungen herbeiführen, sondern ausschließlich der sprachlichen Verbesserung dienen. Die BAK macht darauf aufmerksam, dass dabei auch der für die Beitragseinhebung sehr wohl wesentliche Satz *„Die für die Kostenwälzung zu verwendenden elektrischen Leistungen ergeben sich aus dem arithmetischen Mittel der im Abrechnungszeitraum monatlich gemessenen höchsten viertelstündlichen Leistung.“* gestrichen wurde.

§5 – Netznutzungsentgelt in Verbindung mit §6 Z 1 bis 15 sowie Netzverlustentgelte

Mit dem vorliegenden Entwurf für die Festlegung der Netztarife für das Jahr 2019 zeigt sich bei einer gemeinsamen Betrachtung der Leistungspauschale des Netznutzungsentgeltes sowie des Netzverlustentgeltes je nach Netzbereich ein differenziertes Bild.

Im österreichweiten Durchschnitt steigen die Kosten für einen Haushalt (Netzebene 7, nicht gemessen) mit 3.500 kWh Jahresverbrauch gegenüber dem Vorjahr im ungewichteten Mittel mit +1,5 % geringfügig an. In sieben der 14 Netzbereiche steigen die Gesamtkosten für einen Haushalt mit einem durchschnittlichen Verbrauch. In sechs Netzgebieten sinken die Kosten. Besonders deutlich sind die Kostensteigerungen in Linz (+16 %), Klagenfurt (+8 %) und Kärnten (+7 %). Betrachtet man das Kostenniveau, so zeigt sich eine weitere Spreizung der ohnehin bereits sehr unterschiedlichen Kostenniveaus. So beträgt der Netzkostenbeitrag eines Haushaltskunden bei einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh in Kärnten 267 Euro und

in Vorarlberg 143 Euro. Besonders auffällig ist der Netzbereich Kärnten, der nicht nur seit Jahren die höchsten Netzentgelte auf allen Netzebenen aufweist, sondern auch durch hohe jährliche Steigerungsraten gekennzeichnet ist. Die BAK ersucht die Regulierungsbehörden um genauere Informationen über die Gründe hierfür in den Erläuternden Bemerkungen. Die Kostensteigerung im Kleinwalsertal ist zwar noch stärker, allerdings lässt sich diese – im Gegensatz zu Kärnten – aufgrund seiner Sonderstellung durch die netztechnische und wirtschaftliche Anbindung an das deutsche Netz erklären.

Tabelle 1: Veränderung von Leistungspauschale (LP), Netznutzungsentgelt (NNE) und Netzverlustentgelt (NVE) im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr 2018

(Netzebene 7, nicht gemessene Leistung, 3.500 kWh/Jahr)

Netzbereich	LP	NNE	NVE (in %)	Gesamt-Jahres- kosten (LP, NNE, NVE) 3.500 kWh/Jahr (Euro/Jahr)	Gesamt-Ver- änderung zum Vorjahr (in %)
Linz	+0 %	+19 %	+43 %	158	+16 %
Kleinwalsertal	+0 %	+14 %	+9 %	343	+13 %
Klagenfurt	+0 %	+8 %	+54 %	191	+8 %
Kärnten	+0 %	+6 %	+67 %	267	+7 %
Graz	+0 %	+2 %	+50 %	159	+4 %
Innsbruck	+0 %	+0 %	+48 %	193	+2 %
Salzburg	+0 %	-1 %	+72 %	170	+1 %
Wien	+0 %	-4 %	+70 %	171	0 %
Steiermark	+0 %	-4 %	+41 %	216	-2 %
Tirol	+0 %	-5 %	+56 %	168	-2 %
Burgenland	+0 %	-6 %	+95 %	193	-3 %
Niederösterreich	+0 %	-8 %	+70 %	187	-6 %
Linz	+0 %	-9 %	+28 %	193	-7 %
Vorarlberg	+0 %	-14 %	+48 %	143	-9 %

Ursache der Kostensteigerung

Begründet werden diese Entgeltänderungen in den Erläuterungen mit:

- dem „Beginn der neuen Anreizregulierungsperiode“ für die Stromverteilnetzbetreiber
- dem „wie im letzten Jahr spürbaren Anstieg der erwarteten Kosten zur Vermeidung von Engpässen §23 Abs. 2 Z 5 EIWOG 2010“ sowie
- einer „signifikanten Erhöhung der Netzverlustentgelte“ (aufgrund gestiegener Strompreise).

Insgesamt bleiben die Erläuterungen zu den Kostensteigerungen jedoch erneut sehr vage. Weder werden Angaben über das aktuelle Niveau der Kosten zur Vermeidung von Engpässen gemacht noch wird auf die Ursache der zu erwartenden Koststeigerungen im Bereich des Engpassmanagements näher eingegangen. Aus Sicht der BAK hat die Öffentlichkeit ein Recht auf Information darüber, worauf die Entwicklung der Netzkosten in den einzelnen Netzgebieten konkret zurückzuführen ist.

§5 Abs. 1 Z 8 – Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke

Die BAK fordert die Regulierungskommission erneut auf, zu überprüfen, ob das für Pumpspeicherkraftwerke seit Jahren in der Höhe unverändert gebliebene Entgelt für Leistung noch der ursprünglichen Intention des Gesetzgebers entspricht. Während das Netznutzungsentgelt für Leistung im österreichischen Bereich bereits 910 Cent/kW beträgt, werden den Betreibern von Pumpspeicherkraftwerken nur 100 Cent/kW verrechnet. Pumpspeicherkraftwerken kommt aufgrund ihrer Speichermöglichkeiten eine wichtige Rolle bei der Netzstützung zu. Nichtsdestotrotz ist zu überprüfen, ob diese hohen Begünstigungen noch angemessen sind. Die BAK ersucht um eine entsprechende Begründung in den Erläuternden Bemerkungen.

§5 Abs. 1 Z 9 – Netznutzungsentgelt für Regelreserve

In den vorangegangenen Jahren wurden günstigere Netznutzungsentgelte für Anbieter von Regelernergie auf den Netzebenen 1 bis 6 und zuletzt auch auf Netzebene 7 eingeführt. Um zu gewährleisten, dass mit dieser Begünstigung die eigentliche Intention – nämlich die Erhöhung der Teilnehmerzahl am Regelergiemarkt – weiterhin erreicht wird, fordert die BAK eine laufende Evaluierung dieser Maßnahme und die Veröffentlichung der Ergebnisse. Weiters weist die BAK darauf hin, dass eine Anpassung der Entgelte für die erbrachte Arbeit (Cent/kWh) anderer Regelreserveanbieter an jene für die Entgelte für Pumpspeicherkraftwerke zu erfolgen hat. Dies entspricht auch den Erläuternden Bemerkungen zur SNE-VO 2015. Darin findet sich die Begründung, dass die Anbieter von Regelernergie die gleiche Dienstleistung erbringen wie Pumpspeicherkraftwerke nämlich Energie aus dem Netz entnehmen. Daher ist ihnen auch das Entgelt in der gleichen Höhe zu verrechnen. Die BAK ersucht daher erneut um eine entsprechende Erhöhung des Entgeltes von 0,085 Cent/kWh auf 0,233 Cent/kWh.

§9 – Systemdienstleistungsentgelt

Die Tarife zur Entrichtung des Systemdienstleistungsentgelts werden mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf um 90 % von 0,0980 Cent/kWh auf 0,0100 Cent/kWh reduziert. In den Erläuterungen heißt es dazu „Aufgrund des Inkrafttretens der Verordnung (EU) Nr. 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem, ABl. Nr. L312 vom 28.11.2017 S. 6, können im Rahmen des Systemdienstleistungsentgelts

nur noch Kosten für die Bereithaltung der Leistung berücksichtigt werden. Aus diesem Grund reduziert sich das zu entrichtende Entgelt signifikant.“ Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen, da die Regulierungsbehörde E-Control gemäß Artikel 62 der genannten Verordnung eine Freistellung von den entsprechenden Regelungen für höchstens zwei Jahre auf Antrag genehmigen bzw. von Amts wegen dahingehend selbst tätig werden kann. Diese Rechtseinschätzung entspricht auch jener der Energiesektion des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT). Die geplante Festlegung des Entgelts widerspricht zudem §69 des Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetzes 2010, wonach 78 % der Gesamtkosten für Sekundärregelung über das Systemdienstleistungsentgelt bereitgestellt werden müssen.

Die BAK lehnt die Verringerung der Tarife für das Systemdienstleistungsentgelt für die Erzeuger daher strikt ab und fordert die E-Control mit Nachdruck dazu auf, die Möglichkeit der befristeten Freistellung zu nutzen.

Die BAK verweist in diesem Zusammenhang auch auf das gemeinsame Schreiben der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und der BAK vom 15. November 2018 an den Vorstand der E-Control sowie auf die BAK-Stellungnahmen vom 17. Oktober 2018.

Darin stellt die BAK klar, dass aus demokratiepolitischer Sicht abzulehnen ist, dass unter dem Titel „technische Regeln“ so weitreichende ökonomische und politische Entscheidungen herbeigeführt werden, die zu einer massiven Entlastung der Stromerzeuger einerseits und zu einer deutlichen Mehrbelastung der VerbraucherInnen andererseits führen. Aus diesem Grund fordert die BAK die Regulierungsbehörde auf, die Freistellungsmöglichkeiten für die Umsetzung zu nutzen und eine demokratische, gesetzliche Regelung abzuwarten.

Die BAK wurde von Seiten der E-Control erstmals am 17. September 2018 über die möglichen Optionen zur Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 2017/2195 informiert. Ein weiterer Gesprächstermin ist für 26. November 2018 anberaumt. Die BAK äußert ihre Irritation darüber, dass die E-Control die Sozialpartner erst so spät informiert hat und mit diesem Verordnungsentwurf noch vor dem gemeinsamen Termin am 26. November 2018 die Sozialpartner offensichtlich vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollen.

Die BAK erinnert in diesem Zusammenhang an ihre Stellungnahme zur Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – SNE-VO 2019 vom 15. November 2017. Dort heißt es:

„In Bezug auf die nationale Umsetzung der Guideline Electricity Balancing fordert die BAK die E-Control auf, gemeinsam mit den Sozialpartnern einen konkreten Vorschlag für die Umsetzung in das nationale Recht zu erarbeiten.“

Die BAK ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Anliegen.

Renate Anderl
Präsidentin
F.d.R.d.A.

Maria Kubitschek
i.V. des Direktors
F.d.R.d.A.